

Forschungs-Praxis-Projekt

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten –
sozialräumliche Integration, städtische Identität und
gesellschaftliche Teilhabe

Dokumentation des 2. Netzwerktreffens am 1./2. Dezember 2016



Das Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.

Gefördert durch:



Fachliche Begleitung:



Impressum

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15
D-10969 Berlin

Dr. Bettina Reimann (Projektleitung)
Gudrun Kirchhoff
Ricarda Pätzold
Wolf-Christian Strauss
Henning Boeth

Telefon: +49 30 39001-191
E-Mail: reimann@difu.de
Internet: www.difu.de

Redaktion:

Klaus-Dieter Beißwenger

Grafik und Layout:

Steffi Greiner

Bildnachweise: Wolf-Christian Strauss

Inhalt

1.	Innenstadt – Wahrnehmungen, Diskussionen und Entwicklungsansätze in den Projektkommunen	
	Vortrag: Dr. Bettina Reimann, Difu	5
2.	Einführung: Oberbürgermeister Robby Risch, Weißenfels	8
3.	Entwicklungsperspektiven (historischer) Stadtzentren	
	Vortrag: Andreas Paul, Büro urbane Projekte, Leipzig	9
4.	Gesprächsrunde: Entwicklungsperspektiven der Innenstädte und städtische Identität	12
5.	Gesprächsrunde: Innenstadt: Integrationspotenziale und Teilhabechancen	14
6.	Erfahrungsaustausch in Gruppen	16
6.1	Gruppe 1: Wohnen im Stadtzentrum	16
6.2	Gruppe 2: Arbeiten im Stadtzentrum	19
6.3	Gruppe 3: Programme, Verfahren, Beteiligung	22
7.	Ausblick – Wie geht es weiter?	24
	Impressionen	26

1. Innenstadt – Wahrnehmungen, Diskussionen und Entwicklungsansätze in den Projektkommunen

Vortrag: Dr. Bettina Reimann, Difu

Relevanz der Innenstadt für den Projektkontext



Dr. Bettina Reimann

Die Entwicklung der Innenstädte hat für die übergreifende Entwicklung von Klein- und Mittelstädten zentrale Bedeutung. Die Innenstadt erfährt hohe Aufmerksamkeit durch die Stadtbevölkerung, die Kommunalpolitik sowie durch die Besucherinnen und Besucher (Touristen) einer Stadt. Sie hat stadtweite Bedeutung, und zugleich vollzieht sich dort ganz alltägliches Leben. Es finden sich dort nicht nur städtebauliche Glanzpunkte, sondern immer auch „Schmuddelecken“. Im Umgang mit der Entwicklung der Innenstädte erfordert diese Ausgangslage Sensibilität und Weitblick sowie einen behutsamen Umgang mit Widersprüchen. Raumbezüge müssen

hergestellt und die Innenstadt im Verhältnis zu angrenzenden Stadtteilen und Wohngebieten betrachtet und entwickelt werden. Ziel der Positionierung der Innenstadt als kommunales Handlungsfeld ist ihre Stärkung; Funktionsschwächen sind auszuloten. Immobilienbesitzer und private Wohneigentümer sowie Akteure aus den Bereichen Handel und Gewerbe müssen eingebunden und für die Gestaltung der Innenstadt gewonnen werden. Fördermittel für die Ausgestaltung von Maßnahmen zur städtebaulichen Aufwertung und Integration sollten genutzt, investive und nicht-investive Maßnahmen sollten hierbei verknüpft werden. Integrations- und Stadtentwicklungspolitik müssen zusammengedacht und Visionen für die Belebung der Zentren und für Begegnungen entwickelt werden. All dies geht nur gemeinsam mit der Stadtbevölkerung; Verwaltung und Kommunalpolitik sollten den Dialog mit der Bevölkerung suchen und Projekte gemeinsam auf den Weg bringen.

Was kann Vielfalt zur Stärkung der Innenstadt beitragen?

Während der im laufenden Jahr im Rahmen des Projekts durchgeführten Besuche und Gespräche hat das Difu den Austausch mit Akteuren aus den Projektkommunen gesucht und dabei die Frage erörtert, wie Vielfalt zur Stärkung der Innenstadt beitragen kann. Während das Handlungsfeld Wohnen in den Diskussionen hierzu eine eher untergeordnete Rolle spielte („Es geht darum, mehr Wohnen, mehr studentisches Wohnen, zur Attraktivierung der Innenstadt zu entwickeln.“), wurde den Themen Einzelhandel und Wirtschaft eine zentrale Rolle zugesprochen („Es geht um die Förderung von Einzelhandelsvielfalt; dies erfordert besondere Läden.“). Auch Kunst und Kultur werden als Ausgangspunkte für eine vielfältigere Innenstadt gesehen: „Kunst und Kultur sind als Themen stärker zu setzen. Freie Gewerberäume sollten hierfür genutzt werden. Leerstehende Läden im Zentrum sind mit Kultur zu füllen“. Vielfalt hat einen positiven Effekt auf das Image und die Identität einer Stadt („Vielfalt ist positiv für das Image der Stadt als weltoffene Stadtgesellschaft.“). Vor allem aber wird die Innenstadt durch Begegnungen und Teilhabe vielfältig und lebendig: „Es geht um die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten jedweder Art. Die Innenstadt ist als Treffpunkt für Alle zu entwickeln“.

Was heißt eigentlich Innenstadt?

Ein Blick in die Projektkommunen zeigt es: Die Dimensionen der Innenstädte (Größe, Einwohnerzahl), ihre Entstehung und Einbettungen ins Stadtgefüge variieren. Zudem ist Innenstadt nicht gleich Innenstadt. Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Raumdefinitionen, für die mit Blick auf das Forschungsprojekt Zuordnungs- und Verständigungsbedarf in den Kommunen besteht: Altstadt, Innenstadt, Stadtzentrum, Stadtkern, Orts(teil)zentren, Wohnquartiere. Aus diesen unterschiedlichen Voraussetzungen ergeben sich individuelle Herausforderungen und Handlungsbedarfe, die im Zentrum des kommunalen Handelns stehen.

Wahrnehmungen und Diskussionen zur Innenstadt

In den Projektkommunen und vor allem zwischen den verschiedenen Akteuren, die innerhalb einer Kommune befragt wurden, lassen sich sehr unterschiedliche, zum Teil widersprüchliche Wahrnehmungen der Innenstädte feststellen. In einigen Beispielen wird die enorme Bedeutung der Innenstadt als beliebter Einkaufs- und Identifikationsort, der sich auch bei Touristen großer Beliebtheit erfreut, hervorgehoben. Dagegen wird in anderen Kommunen oder auch von anderen Personengruppen derselben Stadt (z.B. Studierenden) das Zentrum als wenig belebt und verödet beschrieben.



Plenum

Mit Blick auf die Entwicklung der Innenstädte müssen unterschiedliche Zielgruppen mit teilweise widerstreitenden Bedürfnissen berücksichtigt werden – z.B. Senioren, junge Menschen, Touristen, Familien, Gewerbetreibende, sozial Marginalisierte und Geflüchtete. Entsprechend vielfältige Ziele können für die Entwicklung der Innenstädte gesetzt werden: Ansätze zur Revitalisierung betreffen beispielsweise die Stärkung der Innenstadt als Wohnquartier oder die Stärkung von Handel, Gewerbe und Gastronomie. Zudem können Maßnahmen ergriffen werden, die Begegnung und Kommunikation befördern, z.B. durch die Qualifizierung des öffentlichen Raums sowie der Grün- und Freiflächen.

Diskussionen in und mit den Projektkommunen über die Innenstadt und den Umgang der Verwaltung mit diesem Ort zeigen jedoch auch Schwierigkeiten und Blockaden auf. So ist beispielsweise Beteiligung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in der Regel noch kein integraler Bestandteil von Konzepten, Strategien und Handlungsansätzen. Auch werden Zuwanderer von den bisherigen Teilnehmungsangeboten der Stadtentwicklung eher schlecht erreicht. Da es grundsätzlich nicht an Methoden mangelt, wie Bevölkerung, auch zugewanderte, an Stadtentwicklungsprozessen beteiligt werden kann, sollte sich die Verwaltung als Initiator von Beteiligung u.a. mit der Frage auseinandersetzen, wie groß die eigene Bereitschaft zur Beteiligung und Aktivierung ist und ob diese tatsächlich gewollt ist. Um Zugewanderte zu erreichen, scheint zudem ein Perspektivenwechsel erforderlich: Was können Zugewanderte für die Stadt(gesellschaft) tun, und wie können deren Potenziale erschlossen und (an-)erkannt werden, scheinen hierfür wichtige Ausgangsfragen.

Weiterhin zeichnen sich aus den bisherigen Forschungserkenntnissen einige Blockaden im Verwaltungshandeln und -denken ab, die für die zentralen Projekthandlungsfelder sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe hinderliche Wirkungen entfalten (können). Gerade in jenen Projektkommunen, in denen die Stadtzentren durch vielfältige Maßnahmen bereits aufgewertet wurden und – mit Blick auf Städtebau und Sanierung – ein positives

Resümee zu ziehen ist, fällt auf, dass gerade seitens Akteuren aus der Stadtentwicklung /-planung eher geringe Bereitschaft besteht, den Blick auf die „Schmuddelecken“ zu richten bzw. diese zu thematisieren. Werden Probleme wie (Gewerbe-)Leerstand oder bauliche Mängel am Gebäudebestand angesprochen, besteht die unmittelbare Neigung, die Befunde zu rechtfertigen oder zu relativieren. Beobachtet und zum Teil auch benannt wird die Angst vor Stigmatisierung oder einem Imageschaden – gerade durch die eigene Projektmitwirkung und die Auseinandersetzung mit dem Thema Integration/Vielfalt. Befürchtet werden eine Infragestellung der erreichten Ergebnisse (Innenstadt als „Kernraum“ von Sanierungsanstrengungen) durch das Vielfalt-Projekt (dies ist eine Analogie zur Sozialen Stadt), aber auch eine Abschreckung möglicher zu gewinnender Investoren, wenn Vielfalt die Entwicklung der Zentren prägt.

In einigen Projektkommunen wird Integration eher selten dezidiert als strategisch-langfristiges Thema innerhalb der Verwaltung gesehen. Integration wird dort stattdessen eher als Thema behandelt, in dem ad hoc und in Zusammenhang mit der Zuwanderung von Geflüchteten (kurzfristig und zeitlich befristet) agiert werden muss. Eine Zukunftsaufgabe, die ausgestaltet werden kann und muss und bei der nicht nur die Stadtgesellschaft, sondern auch die Verwaltung „mitgenommen“ werden muss, ist Integration dort bislang nicht.



Dr. Bettina Reimann

Während ein integriertes – d.h. verschiedene kommunale Handlungsfelder verknüpfendes – Stadtentwicklungskonzept in den Großstädten zum etablierten Instrumentarium der Stadtentwicklung gehört, mangelt es in den meisten Projektkommunen noch an einem solchen Instrument zur Ausrichtung und Fundierung der Verwaltungsarbeit. Das Thema Integration ist in den Stadtentwicklungskonzepten bislang nicht verankert. Der Anspruch an ein integriertes Stadtentwicklungskonzept für Klein- und Mittelstädte ist ggf. zu überprüfen, um Überforderungen zu vermeiden und den Besonderheiten von Kleinstädten gerecht zu werden.

Die laufende Projektarbeit fördert Widersprüche, ungestellte bzw. unbeantwortete Fragen, generell Defizite zutage („es gibt das nicht, das nicht und das nicht“). In gemeinsamen Diskussionen führt dies zum Teil zu einer Verteidigungshaltung der Verwaltung („aber wir machen doch“, oder „wir haben das versucht, das bringt nichts“, „das geht nicht“...), um den Preis, dass Kooperationsangebote und Ideen von (verwaltungsexternen) Akteuren und Projektpartnern mitunter nicht gehört, nicht akzeptiert und damit nicht aufgegriffen werden.

Im Zusammenhang mit durch das Vielfalt-Projekt initiierten Ideen für Integrationsmaßnahmen wird seitens der Verwaltung immer wieder das Problem vorgebracht, dass Personal für die Umsetzung fehle; teilweise wird dies auch mit Bezug auf das Fehlen von Kompetenzen/Qualifikationen in der Verwaltungsmitarbeiterschaft diskutiert. Möglichkeiten der Entlastung von Verwaltung durch Kooperationen mit verwaltungsexternen Akteuren werden noch zu wenig erkannt, aufgegriffen und wahrgenommen.

Entwicklungsansätze – Was wollen die Projektkommunen bewegen?

Trotz der genannten punktuell auftretenden Blockaden bewegen die Projektkommunen viel und engagieren sich im Projekt. Es lassen sich bereits klare Entwicklungsansätze in den Kommunen verfolgen. Ein Großteil der Projektkommunen will die strategisch-konzeptionelle Arbeit ausbauen und in diesem Zusammenhang Integrationskonzepte erarbeiten. Zudem soll darauf hingewirkt

werden, dass die Innenstädte zentraler Orte für Begegnungen und Kommunikation werden. Konkrete Räume sind hierfür vielerorts vorhanden, auch durch den Ausbau bestehender Angebote und Örtlichkeiten. Durch vielfältige Maßnahmen wie ein Quartiermanagement für die Innenstadt, den Ausbau der Netzwerkarbeit und der Beteiligung sollen die Innenstädte gestärkt und Vielfalt positiv erfahrbar gemacht werden. Weitere Ansätze reichen in Richtung eines noch gezielteren Umgangs mit Gewerbeleerständen, z.B. durch Zwischennutzungen, und eines Ausbaus der Integrationsarbeit, z.B. durch eine stärkere Einbindung von Vereinen und Ehrenamt.

In der Gesamtschau wird deutlich: Die Projektkommunen begeben sich auf neue Pfade und entwickeln engagiert Ansätze für eine vielfältige (Innen-)Stadt. Gleichwohl gehen die Handlungsfelder Innenstadt und Integration nicht immer Hand in Hand. Für den Projektkontext zeichnet sich ab, dass die Integrationskräfte der Innenstädte noch besser als bislang erschlossen werden müssen. Hierbei sind sowohl die Raum- als auch die Akteurebene in den Blick zu nehmen. Dies wird in der anschließenden Diskussion mit dem Hinweis bestätigt, dass in kleineren Städten nicht zu starke Raumgrenzen gezogen werden dürften. Die Innenstadt sei nicht losgelöst von den angrenzenden Wohnquartieren zu betrachten und zu entwickeln. Kleinteilige Fördergebiete, auch wenn diese passfähig für bestimmte Städtebauförderungsprogramme sind, scheinen in diesem Zusammenhang eher nicht zielführend.

2. Einführung: Oberbürgermeister Robby Risch, Weißenfels



Oberbürgermeister Robby Risch

Im Anschluss an die Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Netzwerktreffens in Weißenfels weist Oberbürgermeister Robby Risch in seiner Einführung auf die zentrale Aufgabe hin, Entwicklungsperspektiven durch Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten aufzuzeigen und die Integration von Migrantinnen und Migranten zu fördern – eine Aufgabe, die in einer kleinen Kommune von allen Akteuren gelebt werden muss und nicht nur von der Verwaltung zu bewerkstelligen ist. Die Stadt Weißenfels habe im Vergleich zu anderen ostdeutschen Kommunen einen signifikant hohen Ausländeranteil.

Zunächst geht Herr Risch auf die wirtschaftliche Entwicklung von Weißenfels ein und betont die bis 1990 anhaltende hohe Bedeutung der Schuh-, Chemie- und Braunkohleindustrie für die Stadt. Nach der Wende ging ein Großteil dieser Arbeitsplätze verloren, deren Verlust jedoch teilweise durch die sukzessive Ansiedlung von Lebensmittelbetrieben kompensiert werden konnte. Als besonderen Vorteil nennt Herr Risch in diesem Zusammenhang die Nähe zum Ballungsraum Halle/Leipzig sowie die gute Autobahnbindung. Als Herausforderung für die Zukunft der Stadt hebt er die weitere Entwicklung weicher Standortfaktoren hervor. Die Stadt Weißenfels lässt sich nach Eingemeindungen und Gebietsreformen mittlerweile in drei Stadtkörper einteilen, die sich im Wesentlichen aus der Innenstadt, der Neustadt sowie den umliegenden Gemeinden zusammensetzen. Die größten Integrationsaufgaben übernimmt neben der Innenstadt die Neustadt, dort konzentrieren sich die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die Bedeutung der Integration für Weißenfels verdeutlicht Herr Risch anhand von zwei Grafiken zur Altersstruktur der in Weißenfels lebenden Deutschen und Nichtdeutschen. Es leben ver-

gleichsweise wenig junge Deutsche (unter 18 Jahre) in Weißenfels, der größte Anteil der Deutschen ist der Bevölkerungsgruppe der über 61-Jährigen zuzurechnen. Hieraus ergebe sich insbesondere das Problem, dass es der ansässigen Wirtschaft mehr und mehr an Arbeitskräften mangle. Die in Weißenfels lebenden Ausländerinnen und Ausländer weisen hingegen eine komplett andere Altersstruktur auf. Der Großteil befindet sich in der Altersklasse 19 bis 40 Jahre und stellt laut Herrn Risch ein erhebliches Potenzial für die hiesige Wirtschaft dar, um den Arbeitskräftemangel auszugleichen. Darüber hinaus hebt der Oberbürgermeister die Wichtigkeit des Familiennachzuges der vornehmlich männlichen Arbeitnehmer hervor, da nur so Integration erfolgreich gelingen könne.

Abschließend betont Herr Risch die Intensität, mit der sich die Stadt Weißenfels der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe Integration stellt, und verdeutlicht dies mit den personellen Ressourcen, die die Stadtverwaltung nunmehr für Integrationsaufgaben einsetzt, sowie den öffentlichen Einrichtungen und Begegnungsstätten, die integrationsfördernd wirken sollen.

3. Entwicklungsperspektiven (historischer) Stadtzentren

Vortrag: Andreas Paul, Büro urbane Projekte, Leipzig



Andreas Paul

Andreas Paul stellt zunächst die Tätigkeitsbereiche des Büros für urbane Projekte in Leipzig vor. Zu dessen wesentlichen Tätigkeiten gehören die Erstellung von Entwicklungskonzepten inklusive Durchführung und Moderation des Erarbeitungsprozesses, allgemeine Standortentwicklung, Forschung und das Entwerfen und Planen im urbanen Kontext. Als urbaner Kontext – und gleichzeitig als Handlungsfelder für Integrationsorte – können in diesem Zusammenhang Stadtregionen, die Gesamtstadt oder Stadtteile/Stadtquartiere bezeichnet werden.

Grundsätzlich bezeichnet Herr Paul die Arbeit des Büros für urbane Projekte als Planung, die im Dialog stattfindet und im Wesentlichen auf Strategiefindung, Beteiligungsprozess und Rückkopplung basiert. Involvierte Akteure sind hier in der Regel die Stadtpolitik, die Verwaltung, das Stadtbauamt sowie die Bürgerschaft, die gemeinsam mit dem Büro Stadtentwicklung und -planung betreiben.

Die Entwicklung der Innenstädte mit ihren unterschiedlichen Funktionen urbaner Räume stellt seit Beginn ein zentrales Themenfeld der Arbeit des Büros dar. Als Initialzündung für die Revitalisierung von Innenstädten bezeichnet Herr Paul den öffentlichen Raum, betont anhand von Beispielen jedoch gleichzeitig die enormen Ansprüche und Herausforderungen bei der Gestaltung dieser Räume, „wo man es nicht immer allen Leuten Recht machen kann“. Auch reiche die bloße Sanierung von Gebäuden nicht aus, um eine Innenstadt zu entwickeln. Vielmehr müsse Stadtentwicklung einen integrativen Charakter haben, der über den baulichen Aspekt hinausgeht.

Die wesentlichen Herausforderungen, die für die Stadtentwicklung – und somit auch für die Entwicklung von Zentren in Klein- und Mittelstädten – bestehen, sind demografische und gesellschaftliche Veränderungen, wirtschaftlicher und infrastruktureller Wandel, Klimaschutz und Klimaanpassung sowie der Energiewandel. Dem stehen veränderte Rahmenbedingungen gegenüber. Diese Herausforderungen im Rahmen der gebauten Stadt müssen mit geringen finanziellen Ressourcen

und personellen Kapazitäten bewerkstelligt werden. Zudem sei in den letzten Jahren ein steigender Aufwand bei Kommunikation und Beteiligung zu verzeichnen, und ausgeprägte Konkurrenzen (Innenstadt versus Ortsteile) müssen in den Kommunen ausbalanciert werden.

Um Stadtentwicklung unter den oben genannten Herausforderungen und Rahmenbedingungen zu betreiben, bedarf es umfangreicher Datenanalysen, so Herr Paul. Am Beispiel der Stadt Glauchau demonstriert er, wie statistische Daten zu Indikatoren zusammengefasst werden können, um diese anschließend visuell darzustellen. Anhand von Demografie- und Sozialindikatoren wurde in Glauchau die Innenstadt als Gebiet mit der angespanntesten sozialen Lage ermittelt. Sie weist gleichzeitig die beste Lagequalität, aber auch die höchste Leerstandsquote auf.

Im weiteren Verlauf des Vortrags wird die Innenstadt als Identifikationsort thematisiert. Vom Büro für urbane Projekte durchgeführte empirische Untersuchungen verdeutlichen am Beispiel der Stadt Möckern, dass die Innenstadt nach wie vor als Zentrum wahrgenommen wird, sich diese Wahrnehmung in der alltäglichen Nutzung jedoch nicht mehr eindeutig widerspiegelt. Arbeitsplätze befinden sich demnach nicht mehr mehrheitlich in der Innenstadt, und Einkäufe und Arztbesuche werden zunehmend in Versorgungszentren „auf der grünen Wiese“ erledigt. Weitere Beispiele aus der Praxis verdeutlichen, dass die Innenstadt seitens der Stadtbewohnerschaft in der Regel als Ort mit der höchsten Aufenthaltsqualität wahrgenommen wird, insbesondere die Freiräume und Begegnungsorte. Gleichzeitig besteht in den zentralen Lagen jedoch meist der höchste Entwicklungsbedarf. Größtes Handlungserfordernis im städtebaulichen Bereich seien das Erscheinungsbild und der Zustand von Straßen und Gebäuden. Eine mindestens ebensolche Relevanz hinsichtlich des Entwicklungsbedarfs nehmen ressort- und themenübergreifende Bereiche wie das soziale Miteinander ein. Dies zeigt beispielhaft die hohe Bedeutung der Verknüpfung baulicher und sozialer Maßnahmen.

Die Erfahrungen aus der Praxis belegen aus Sicht von Herrn Paul, wie wichtig disziplinübergreifendes und integriertes Arbeiten als Basis für eine gelungene Planungskultur ist. Doch nicht nur müssen die Themen und Handlungsbedarfe übergreifend diskutiert werden, es gilt auch die Handlungsräume überlagernd zu betrachten. So kommen einigen Stadtquartieren gleichzeitig mehrere Funktionen und Aufgaben zu, die steigende Anforderungen an die jeweiligen Stadtteile stellen. Diese sollten in integrierten Entwicklungskonzepten schwerpunktmäßig betrachtet und mit entsprechenden Maßnahmen und Projekten ausgestattet werden.



Plenum

Herr Paul schließt seinen Vortrag mit dem Hinweis ab, dass sich die Aufgabenstellungen in den Kommunen häufig ähneln, während sich die Voraussetzungen, Ressourcen, Interessen und Probleme meist deutlich unterscheiden. Dementsprechend bedürfe es genauer Analysen und individueller Konzepte, die in einem gemeinsamen Prozess erarbeitet werden sollten. Erfolgsfaktoren seien in diesem Fall eine aufgeschlossene, mutige Stadtpolitik, keine Vorbehalte gegenüber öffentlichen Diskussionen, der Wille, Prioritäten zu setzen, tragende „Köpfe“ in der Stadtverwaltung, die vermitteln und koordinieren, eine stetige Fortführung von erprobten Formaten der Zusammenarbeit

sowie Informationen zur Etablierung einer wirklichen Planungskultur. Prozesse zeichnen sich nicht durch Projekte aus, sondern müssen langfristig und nachhaltig angelegt sein.

In der anschließenden Diskussion wird zunächst die Frage erörtert, wie eine erfolgreiche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der städtischen Öffentlichkeit gelingen kann, wenn die Entwicklung eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts abgeschlossen ist und das durchführende Planungsbüro nicht mehr in der betreffenden Kommune vor Ort ist. Herr Paul verweist hierzu auf die Notwendigkeit, in einem Stadtentwicklungskonzept bereits festzulegen, welche Maßnahmen wie umgesetzt werden sollen, welche Akteure hierfür verantwortlich sind und wie eine entsprechende Finanzierung aussehen könnte. Die Stadtverwaltung müsse zudem die Verantwortung für einen erfolgreichen Bürgerdialog übernehmen und die Moderation weiterführen. Hierbei kann es hilfreich sein, die Stadtverwaltung bei der Entwicklung eines entsprechenden Konzepts bereits kleinteilig einzubinden und somit auf eine langfristig angelegte Beteiligung vorzubereiten.

Im weiteren Verlauf wird diskutiert, ob sich die beteiligten Akteure mit unterschiedlichen fachlichen und beruflichen Hintergründen bei knappen Zeitressourcen mit allen zu behandelnden Themen auseinandersetzen müssten. Herr Paul bejaht dies, da nur so ein integrierter Ansatz verfolgt werden könne. Es bestehe beispielsweise grundsätzlich das Problem, Gewerbetreibende in Beteiligungsprozesse zu involvieren, da sie in der Regel über wenig freie Zeit verfügen. Auch Gebäudeigentümer stellen oft eine unterrepräsentierte Gruppe dar; sie lassen sich jedoch dann meist aktiv beteiligen.



Plenum

Ein weiterer Diskussionsansatz bezieht sich auf das Erkennen von und Umgehen mit Frustrationen in der Bevölkerung hinsichtlich der Stadtentwicklung. Verlässlich lasse sich die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit der Bewohnerschaft mit städtischen Entwicklungen durch schriftliche und mündliche Befragungen ermitteln, in denen man auch nach den Gründen fragt. Es wird jedoch gleichzeitig betont, dass sich nicht jede Frustration und Unzufriedenheit in Beteiligungsprozessen auffangen lässt. Diese werden nämlich teilweise durch grundlegendere Rahmenbedingungen bestimmt, die sich der kommunalen Selbstverwaltungskompetenz entziehen.

Die Diskussion endet schließlich in der übergreifenden Fragestellung, ob die Innenstadt über genügend Integrationskraft verfügt und wie diese aussehen kann. Herr Paul betont diesbezüglich, dass die Innenstadt häufig als Integrationsmotor betrachtet wird, die wahre Integrationsarbeit aber in den Wohnquartieren geleistet werde. Die Innenstadt habe jedoch eine zentrale Rolle als Begegnungs- und Kommunikationsort für die gesamte Stadtgesellschaft.

4. Gesprächsrunde: Entwicklungsperspektiven der Innenstädte und städtische Identität

Moderation: Dr. Bettina Reimann

Gesprächspartner/innen: Silke Andresen, BMUB; Dr. Doris Dickel, Arbeitsstab der Bundesintegrationsbeauftragten; Prof. Karl-Dieter Keim, ehemals IRS; Andreas Paul, Büro für urbane Projekte



Dr. Bettina Reimann (Moderation, Mitte) im Gespräch mit: Prof. Karl-Dieter Keim, ehemals IRS, Silke Andresen, BMUB, Dr. Doris Dickel, Arbeitsstab der Bundesintegrationsbeauftragten und Andreas Paul, Büro für urbane Projekt (von links)

Zu Beginn der Gesprächsrunde betont Silke Andresen, dass die Frage der Identität für Klein- und Mittelstädte von zentraler Bedeutung sei, um bei sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen erkennbar zu bleiben. Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturwandel, der viele Klein- und Mittelstädte vor große Herausforderungen stellt, hat viele Kommunen zu einer Neupositionierung und der Suche nach einer neuen Identität gezwungen. Die Alt- und Innenstadt mit ihren öffentlichen Räumen und Begegnungsorten bietet großes Potenzial für den Umgang mit diesen Herausforderungen und für die Identitätssuche. Die Innenstadt mit ihren vielfältigen Funktionen und Nutzungsansprüchen vereint jedoch gleichzeitig auch die Probleme, die hiermit einhergehen. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte können hier ein entscheidender Baustein sein, um positive Entwicklungen anzuschieben.

Im weiteren Verlauf geht Karl-Dieter Keim der Frage nach, welche Integrationskraft die Innenstadt überhaupt besitzen kann und was städtische Identität zur Entwicklung von Klein- und Mittelstädten beizutragen vermag. Er hebt hervor, dass städtische Identität mehr ist als das historische Erbe einer Stadt und verweist in diesem Zusammenhang auf gewisse Eigenlogiken der Städte, die Identitätspotenzial bieten. Diese Eigenlogiken seien jedoch fragiler Natur und müssten ständig überdacht und weiterentwickelt werden. Demnach sei keine Stadt „gesichtslos“. Der



Prof. Karl-Dieter Keim

Strukturwandel habe jedoch unter anderem dazu geführt, dass Teile der Bevölkerung sich abgehängt und nicht mehr zugehörig zur Gesellschaft – und somit auch zur Stadt – fühlen, was einen Verlust an Bindung und Identität bedeute. Eine Möglichkeit für Klein- und Mittelstädte, den Herausforderungen zu begegnen und sich zu behaupten, sei die Nutzung von Wissen. Dieses könnte

im Wesentlichen über vor Ort vorhandene Bildungseinrichtungen und Hochschulen generiert werden, aber auch ein guter Bildungsstand der Bevölkerung und qualifiziertes Personal mit Fachwissen in der Verwaltung zählten dazu. Eine weitere Möglichkeit sei das *placemaking* mit dem Ziel, in den Städten eine „Ortsbildung mit Qualität“ zu erreichen, die möglichst alle Gruppen einbezieht. Der Gefahr getrennter sozialer Milieus müsse begegnet werden. Strukturen könne man nicht „umerziehen“. Ortsbildung sei ein Prozess, der auch die Verantwortungsübernahme der Bürgerinnen und Bürger für die Stadtgesellschaft umfasse. In der Diskussion im Plenum wird bekräftigt, dass es wichtig sei, die ganze Stadtgesellschaft zu adressieren und Maßnahmen zu ergreifen, die auch sozial benachteiligte Gruppen ansprechen und berücksichtigen.

Andreas Paul bestätigt in seiner Ausführung, dass Identitätsbildung ein Prozess sei und entwickelt werden müsse. Mit der Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes könne Identitätsfindung stimuliert und befördert werden. Mögliche Instrumente hierfür könnten Leitbildwerkstätten sein, mit denen versucht werde, in einem Dialog Alleinstellungsmerkmale von Kommunen zu entwickeln. Entscheidend hierfür sei die Kommunikation zwischen allen relevanten Akteuren einer städtischen Gesellschaft. Die Verwaltungsspitzen und die Politik müssten sich eindeutig dazu bekennen, eine langfristige Entwicklung gemeinsam mit der Bevölkerung voranzutreiben. In der anschließenden Diskussion mit dem Plenum wird nochmals die Bedeutung von Identität hervorgehoben. So sei für Geflüchtete eine Integration nur möglich, wenn die Ankunftsgesellschaft sowohl auf kommunaler als auch auf nationaler Ebene über eine klare Identität verfüge. Ein Beitrag aus dem Plenum hebt das entstandene Gemeinschaftsbewusstsein im Zusammenhang mit der Aufnahme und Betreuung der zahlreichen Geflüchteten hervor.

In ihrer Stellungnahme geht Doris Dickel auf die Möglichkeiten des Bundes ein, Kommunen beim Thema Integration nachhaltig zu unterstützen. Sie betont, dass eine Gesamtstrategie Integration notwendig sei. Es müsse geklärt werden, welche föderale Ebene für welche Themen und Inhalte zuständig sei. Eine kohärente Gesamtstrategie könne zudem zu einer besseren Kooperation auf den jeweiligen föderalen Ebenen führen. Eine solche Gesamtstrategie könne dafür sorgen, dass Förderinstrumente besser aufeinander abgestimmt werden. Sie fragt, ob seitens der Kommunen ein Interesse an einem Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer u.a. zu Fragen der interkulturellen Öffnung, zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und dem Verständnis von Deutschland als Einwanderungsland bestehe. Aus dem Plenum wird der Wunsch nach einem vermehrten kommunalen Erfahrungsaustausch bestätigt. Die Projektkommunen würden ein diesbezügliches Engagement der Bundesintegrationsbeauftragten begrüßen.



Silke Andresen und Dr. Bettina Reimann

Zum Abschluss der Gesprächsrunde weist Silke Andresen darauf hin, dass die wichtigste Aufgabe des BMUB bei der Förderung der Integration von Zugewanderten sei, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Kommunen eigenständig und individuell handeln können. Als wichtigste Instrumente hierfür hebt sie die von der Bundesregierung verabschiedete Strategie „Miteinander im Quartier“ und die Städtebauförderung mit ihren unterschiedlichen Programmen hervor. Beim „Investitionspakt Soziale Infrastruktur im Quartier“ wird der Förderanteil

des Bundes zukünftig 75 Prozent betragen, das Land übernimmt weitere 15 Prozent, der kommunale Eigenanteil kann dadurch auf zehn Prozent gesenkt werden.

5. Gesprächsrunde: Innenstadt: Integrationspotenziale und Teilhabechancen

Moderation: Gudrun Kirchhoff

Gesprächspartner/innen: Michael Allimadi, Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat; Susanne Huth, INBAS-Sozialforschung GmbH; Kenan Küçük, Multikulturelles Forum e.V.



Gudrun Kirchhoff (Moderation, rechts) im Gespräch mit: Kenan Küçük, Multikulturelles Forum e.V., Michael Allimadi, Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat, Susanne Huth, INBAS-Sozialforschung GmbH

Die Entwicklung der Innenstädte hat nicht nur positive Effekte für die städtebaulich-bauliche Aufwertung der Zentren, sondern kann auch positive Wirkungen für die Integration und Teilhabechancen entfalten. Annäherungen an dieses Thema erfolgten im Gespräch mit Susanne Huth, Geschäftsführerin der INBAS-Sozialforschung GmbH in Frankfurt am Main, Michael Mwa Allimadi, Vorsitzender des Migrationsrates der Stadt Heidelberg und Geschäftsführer des Landesverbandes der Migrantenvvertretungen in Baden-Württemberg, sowie Kenan Küçük, Geschäftsführer des Multikulturellen Forums e.V., einer Migrantenselbstorganisation mit Hauptsitz in Lünen, und des Forums Multi-Kulti gGmbH, einer gemeinnützigen Tochter des Multikulturellen Forums e.V. Herr Küçük ist zudem Sprecher des Forums der Migrantinnen und Migranten und des Facharbeitskreises Migration im Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) in Nordrhein-Westfalen.

Die Frage nach den Integrationspotenzialen von Innenstädten impliziert die Auseinandersetzung mit der Frage nach den Teilhabechancen, die die Bevölkerung oder unterschiedliche Bevölkerungsgruppen haben. In diesem Zusammenhang betrachtet Susanne Huth die verschiedenen Dimensionen von Integration auf der analytischen Ebene. Sie unterscheidet hierbei, angelehnt an den Integrationsbegriff von Hartmut Esser¹ die kulturelle Ebene der Integration (Werte, Sprache), die strukturelle Ebene (Arbeit, Wohnen), die soziale Ebene (Freundschaften, Netzwerke) und die identifikatorische/individuelle Ebene (Zugehörigkeitsgefühl). Die Möglichkeiten, die Innenstädte für die Integration bieten, reichen von Anlässen für Begegnungen bis hin zum Engagement in Vereinen. Für die Realisierung dieser Möglichkeiten ist nicht zuletzt die Frage entscheidend, welche Stimmung in den Innenstädten herrscht. Die Frage nach den Teilhabemöglichkeiten steht in Zusam-

¹ Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Arbeitspapier 40, Mannheim.

menhang mit den Angeboten, die es vor Ort gibt, und damit, inwieweit diese tatsächlich auch wahrgenommen werden. Vor allem aber sind hierfür die Menschen selbst zu adressieren: Teilhabe gelingt dann am besten, wenn Beteiligungschancen eröffnet werden – und Menschen als Akteure gesehen werden, die zur Entwicklung ihrer Innenstadt etwas beitragen können und sollen.

Stadtverwaltung, so Kenan Küçük, öffne sich der Integration und Teilhabe dann am besten, wenn sie bereit ist, ihre Strukturen auf eine vielfältige Gesellschaft hin zu verändern und anzupassen. Interkulturelle Öffnung ist in diesem Zusammenhang ein Schlagwort und zugleich Richtschnur, sie muss jedoch auch umgesetzt und gelebt werden. Dies setzt nicht zuletzt voraus, Migranten(selbst)organisationen als Partner und Akteure der Stadtentwicklung einzubinden.

Aus Sicht von Michael Allimadi ist die Verknüpfung von Vielfalt mit Teilhabe eine große Herausforderung. Wichtige Voraussetzung sei, dass Arbeit und Beschäftigung in den Innenstädten angesiedelt würden. Ein positives Beispiel stellt in diesem Kontext das hohe Engagement der Zugewanderten im Bereich der Selbstständigkeit dar. Die sogenannte Migrantenökonomie habe positive Effekte für die Vielfalt in den Innenstädten. Bedient würde damit auch ein zentrales Bedürfnis der Zugewanderten nach kultureller Identität (z.B. Zugang zu Speisen des eigenen Herkunftslandes).



Kenan Küçük und Susanne Huth

Um Teilhabechancen zu eröffnen und Beteiligung zunächst einmal anzustoßen, sollte Verwaltung als Initiator von innerstädtischen Entwicklungen die Zugewanderten dort ansprechen, wo sie sich aufhalten, z.B. in den Moscheen.

In der anschließenden Plenumsdiskussion wird – bezogen auf die Beförderung von Beteiligung – dafür plädiert, die Neuzugewanderten insbesondere darin zu unterstützen, sich ihren Stadtraum anzueignen. Dies gelinge erfahrungsgemäß weniger durch (passive) Angebote als durch Prozesse, in denen die Menschen ihr Wohnumfeld gestalten (z.B. durch Stadtgärten). In diesem Zusammenhang sei es wichtig, eine konkrete Vorstellung davon zu entwickeln, wie Begegnungen in der Innenstadt initiiert und befördert werden können. Erfolge würden durch die Einbindung von „Schlüsselpersonen“, auch aus den Migranten-Communities, erzielt.

Bei Überlegungen zur Beförderung von Begegnungen sei zudem zu beachten, so Allimadi, dass vielen Zugewanderten die Anerkennung durch die Aufnahmegesellschaft wichtiger sei als ein konkreter „Output“ bzw. eine „Effizienz“. So erwarteten Migrantinnen und Migranten zunächst Wärme und Sympathie in weitaus stärkerem Maße als z.B. politische Gleichstellung. Diese Form der sozialen und mitmenschlichen Anerkennung sei für die Integration in der Wahrnehmung der Migrantinnen und Migranten wichtiger als beispielsweise das Wahlrecht.

Übergreifend sei für die Unterstützung von Integration und Teilhabechancen zu berücksichtigen, dass Migrantinnen und Migranten häufig in eigenen Strukturen aktiv werden. Diese Form der Selbstorganisation sei zu unterstützen. Sie stelle einen ersten Schritt der Integration und Teilhabe dar. Zudem seien die Menschen dort aufzusuchen, wo sie sich aufhielten, wo sie arbeiten und tätig sind, z.B. im eigenen Geschäft in der Innenstadt. Für eine vielfältige Teilhabe sei zudem wichtig, die unterschiedlichen Erwartungen und Interessen der Menschen kennenzulernen, aufzugreifen und diese in einen Dialog miteinander zu bringen.

6. Erfahrungsaustausch in Gruppen

6.1 Gruppe 1: Wohnen im Stadtzentrum

Moderation: Dr. Bettina Reimann

Impulse: Birgit Kaiser, Zittau; Maria Lindemann, Steinfurt

An dem Austausch zum Thema „Wohnen im Stadtzentrum“ nahmen neben den Impulsgeberinnen Vertreterinnen und Vertreter aus den Projektkommunen Weißenfels, Ilmenau, Goslar und Mühlacker sowie eine Vertreterin des Projektbeirats teil.

In ihrem Einführungsvortrag stellt Frau Kaiser die städtebauliche Entwicklung des Stadtkerns als Ausgangspunkt der Stadtentwicklung, heutige Ansätze zu dessen Weiterentwicklung (z.B. in den Bereichen Sanierung und Wohnumfeldgestaltung) sowie deren Schwierigkeiten dar.



Gruppe 1: Wohnen im Stadtzentrum

In Zittau gibt es Wohnraum im „Überfluss“. Umso wichtiger ist es für Stadtentwicklungs- und Wohnungsmarktakteure, den Wohnungsbestand so zu präsentieren, dass er für alle Bevölkerungsgruppen grundsätzlich passend ist und somit auch ein breites Spektrum an Wohnqualitäten abdeckt. Eine dezidierte Ausrichtung auf z.B. Studierende wird daher nicht angestrebt.

Demgegenüber ist eine Durchmischung der Hausgemeinschaften, z.B. nach Altersgruppen, wünschenswert. In diesem Zusammenhang wird auch angemerkt, dass Wohnungen auch ein Wirtschaftsgut sind. Zu viel verfügbarer Wohnraum, wie in Zittau, stelle ein Problem dar, auch für die Solidarität der Wohnungsmarktakteure.

Ein Vorteil, den Schrumpfungsbedingungen mit sich bringen, ist der verfügbare Freiraum durch die Vielzahl an freien Flächen (Brachen). Diese hat die Stadt Zittau gewinnbringend für die Gestaltung genutzt. Die eigentlich sehr steinerne Stadt, die durch zahlreiche Sanierungsmaßnahmen aufgewertet wurde, erfährt eine zusätzliche Aufwertung durch die Zunahme des öffentlichen (Grün-)Raums.

Als stark schrumpfende Stadt ist es für die Zittauer Stadt- und Wohnungsmarktentwicklung immens wichtig, regional zu denken und zu handeln. Gleichwohl muss Zittau Alleinstellungsmerkmale, auch im Wohnbereich, schaffen. Hierbei stellt sich der Wohnungsneubau für eine Stadt, die ein Überangebot an Wohnungen aufweist, durchaus als Herausforderung dar. Wie Neubau in einer Stadt wie Zittau realisiert werden kann, sei eine Gratwanderung, dennoch ist die Beschäftigung damit notwendig. Die Stärkung der Wohnfunktion in der Innenstadt sei zudem keine leichte Aufgabe, da sich manche Gebäude nicht als Wohnraum (um)nutzen lassen.

Eine weitere Herausforderung ist die räumliche Konzentration von sozialen Problemen. SGB II-Empfängerinnen und Empfänger konzentrieren sich beispielsweise in den Rückbaubeständen. Für die Frage der Einbindung und Beteiligung von „Integrationsbedürftigen“ sei es wichtig, (innerstädtische) Treffpunkte bzw. Orte zu entwickeln, die mehrere Funktionen erfüllen (z.B. Elterntreffpunkt in einer Kita).

Bezogen auf das Zusammenleben mit Zugewanderten gebe es in Zittau kaum Probleme. Dies hänge möglicherweise damit zusammen, dass nur wenige Migrantinnen und Migranten in der Stadt leben. Mitunter stoße die Unterbringung von Geflüchteten in sanierten Beständen in der Innenstadt jedoch auf Unmut bei der ansässigen Bevölkerung. Birgit Kaiser berichtet, dass die Wohneigentümer für ihren Wohnraum und die Unterbringung von Geflüchteten geworben haben. Die Stadt kontrolliere nach einem Ampelsystem u.a. die Einhaltung der Dezentralität. Gleichwohl sei anzumerken, dass – nach derzeitigem Kenntnisstand – viele anerkannte Geflüchtete nicht dauerhaft in Zittau bleiben wollen.

In der anschließenden Diskussion werden die Ergebnisse der jahrelangen Arbeit an und mit der Zittauer Innenstadt von allen gewürdigt. Aus den Freiräumen sei ausgesprochen viel Positives entwickelt worden; allein, „es fehlten die Menschen“. Es sei vor diesem Hintergrund schwierig, Visionen zu entwickeln, so Frau Kaiser. Wie könne, so die Herausforderung, eine schrumpfende Stadt kompakt gestaltet werden? In diesem Zusammenhang wird auch darauf verwiesen, dass Abrisse im Zentrum sehr umstritten sind.

Aus Weißenfels wird berichtet, dass die dort ansässige Wohnungsbaugesellschaft einen Block für die Unterbringung von Geflüchteten hergerichtet hat. Gemeinsam mit der Stadt sei sie an die Bürgerinnen und Bürger herangetreten, habe informiert und den Dialog mit der Bewohnerschaft gesucht. Dies habe sich als sehr positiv herausgestellt; Konflikte konnten vorgebeugt werden. Bezogen auf die Innenstadt wird für Weißenfels ausgeführt, dass anerkannte Asylbewerber dort gerne und bevorzugt wohnten, sowohl im Alt- als auch im Neubau. Die Nachfrage dieser Gruppe nach innerstädtischen Wohnungen sei sehr viel höher als bei der ansässigen Bevölkerung.

Im Zusammenhang mit der Unterbringung von Geflüchteten in Ilmenau wird angemerkt, dass diese nach ihrer Anerkennung häufig in den Wohnungen verbleiben möchten. Die sind nach dem Wechsel des Status aber wieder für neu ankommende Geflüchtete vorgesehen. Dies stelle durchaus ein Problem dar. Aus Goslar wird berichtet, dass viele Geflüchtete in der Innenstadt untergebracht sind; die dortige soziale und bildungsbezogene Infrastruktur sei aber ausgelastet. Dies stelle ein Problem dar. Ähnliches wird auch für Mühlacker bestätigt.

In ihrem Impulsbeitrag für Steinfurt führt Maria Lindemann aus, dass die historische Innenstadt in Steinfurt eine kleinteilige Bebauungsstruktur aufweist. Es gibt einen großen Bestand an (denkmalgeschützter) historischer Bausubstanz. Wohnen spiele und spielt eine wichtige Rolle für den Stadtkern.

Anders als beispielsweise Zittau verzeichnet Steinfurt keinen signifikanten Wohnungsleerstand. Der Anteil an selbstgenutztem Wohneigentum ist hoch. Es gibt zudem eine Vielzahl an kleineren bis mittelgroßen Mietwohnungen, in denen vor allem junge Erwachsene (21 bis 30 Jahre) und Personen ab 50 Jahre leben. Vermutet wird, dass der Immobilienbestand in der Innenstadt zu großen Teilen nicht den Bedürfnissen von Familien entspricht.

Um die Innenstadt als Wohnstandort zu stärken, verfolgt die Stadt Steinfurt das Ziel, Angebote für alle Altersgruppen zu schaffen. Hier ist vor allem der Neubau von bedarfsgerechten Wohnungen zu nennen: ebenerdig, moderne Raumaufteilung und mit aktuellen energetischen Standards. Einerseits leben durch die Schaffung von seniorengerechten Wohnungen vermehrt Ältere in der Innenstadt. Die Nahversorgerfunktion der Innenstadt wird gestärkt. Auf der anderen Seite ist mit dieser



Birgit Kaiser

Altersgruppe keine Belebung der Innenstadt nach 18 Uhr zu erreichen. Ziel der Stadt Steinfurt sei es daher, auch studentisches Wohnen zu befördern. Studierende sollen langfristig an die Stadt gebunden werden. Es stelle sich jedoch mit Blick auf die Nähe zu Münster die Frage, wie gut sich dieses Ziel überhaupt erreichen lasse. Wie kann Leben in die Stadt gebracht werden? Was braucht es hierzu? Welche die Wohnungsangebote flankierenden Maßnahmen sind sinnvoll?

Um die Innenstadt (mit Studierenden) zu beleben, müsse es gelingen, zwischen der Fachhochschule (Campus-Hochschule), dem Bahnhof und der Innenstadt Übergänge und Brücken zu schaffen. Hier, so konnte festgestellt werden, stellt sich die Situation nahezu deckungsgleich mit der in Ilmenau dar. Dort steht man vor dem gleichen Problem. Beide Städte sind hierzu durchaus an einem Austausch guter Ideen und Konzepte interessiert.

Der Migrantenanteil im innerstädtischen Quartier ist eher gering. Gleichwohl gibt es ethnisches Gewerbe. Ein Metzger mit Halal-Fleisch werde von den Steinfurtern regelrecht „überraunt“.



Gruppe 1: Wohnen im Stadtzentrum

Als Problem stellt sich gegenwärtig dar, dass wegen des Fehlens eines Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) der Zugang zu Fördermitteln derzeit kaum möglich ist. Aufgrund der städtischen Finanzlage können Maßnahmen zur Aufwertung der Altstadt als Wohn- und Handelsstandort sowie als touristischer Ankerpunkt nicht umgesetzt werden. Ein IHK soll Abhilfe schaffen, doch stellt der kommunale Eigenanteil ein finanzielles Problem für die Umsetzung von Maßnahmen dar. Es wurde daher beschlossen, anstelle eines großen Gesamtkonzepts zunächst ein Integrationskonzept zu erarbeiten. Hierbei sei es aber wichtig, das Thema Wohnen als Teil der städtischen Identität konzeptionell zu verankern.

Bezogen auf weitergehende Entwicklungsziele soll die Burgsteinfurter Innenstadt weiterhin ein attraktiver Wohnstandort für alle Bevölkerungsgruppen bleiben. Damit die Bestandsimmobilien in der Innenstadt im Vergleich zu den Neubaugebieten auch weiterhin interessant bleiben, wird an unterschiedlichen Stellen gearbeitet. Das Quartierskonzept zur Energetischen Stadtsanierung schafft Anreize, damit die Bausubstanz den neuesten Standards entspricht. Durch das Erstellen eines Integrationskonzeptes soll sichergestellt werden, dass die „Neuankömmlinge“ in Steinfurt auch wirklich ankommen. Die im Rahmen des Projektes durchgeführte Sozialraumanalyse und das Quartierskonzept Ochtruper Straße erbrachten wichtige Hinweise über die Gedanken und Meinungen der Bevölkerung in einem innenstadtnahen Wohnquartier. Durch diese Anregungen ergeben sich Handlungsansätze, die bei künftigen Entwicklungen zu berücksichtigen sind.

In der Diskussion wird bezogen auf die Belebung der Innenstadt und die mögliche Anziehung junger Menschen ausgeführt, dass (passive) Angebote nicht ausreichen. Viel wichtiger sei es, Angebote zur Aneignung und Mitgestaltung von Räumen und Orten zu unterbreiten (z.B. Urban Gardening/Stadtgärten in Zittau).

Abschließend wird, auch bezogen auf den gesamten Projektkontext, dafür plädiert, Integration anders, d.h. nicht bezogen auf nur eine Zielgruppe (die Zugewanderten) zu verstehen. Wichtig sei es vielmehr, die ganze Stadtgesellschaft in den Blick zu nehmen. Besonderes Augenmerk sollte hierbei auf strukturell benachteiligten Bevölkerungsgruppen liegen. Dies seien nicht nur Migrantinnen und Migranten. Zudem sollte den Besonderheiten der jeweiligen Kommune Raum gegeben werden – eine ausschließliche Fokussierung auf die Innenstadt sei insbesondere bei Kleinstädten eher

nicht sinnvoll. Dies sei auch seitens des Bundes und der Länder bei der Ausgestaltung von Modellvorhaben und Fördermitteln zu beachten.

6.2 Gruppe 2: Arbeiten im Stadtzentrum

Moderation: Gudrun Kirchhoff

Impulse: Sebastian Poppner, Stadt Ilmenau; Lars Meinhardt, Stadt Weißenfels

Neben den beiden Referenten nahmen an der Arbeitsgruppe Vertreterinnen und Vertreter der Projektkommunen Goslar, Michelstadt, Weißenfels und Zittau sowie Karl-Dieter Keim als Mitglied des Projektbeirats teil. In ihrer Anmoderation erläutert Gudrun Kirchhoff, dass das Stadtzentrum vielfältige Funktionen hat. Eine seiner Leitfunktionen ist der Handel, der auch wichtiger Arbeitgeber ist. Einzelhandel und Gastronomie tragen maßgeblich zur Lebendigkeit der Innenstädte bei. Viele Bürgerinnen und Bürger besuchen die Innenstadt hauptsächlich wegen des Einzelhandelsangebots. Doch der Einzelhandel in den Innenstädten der Klein- und Mittelstädte gerät zunehmend unter Druck und verzeichnet seit Jahren sinkende Umsätze – zum einen durch die Konkurrenz großflächiger Zentren „auf der grünen Wiese“, zum anderen durch den zunehmenden Online-Handel. Die Innenstädte haben es schwer, mit dem nahezu unbegrenzten und jederzeit erreichbaren Angebot im Internet zu konkurrieren. Es ist davon auszugehen, dass die Attraktivität der Innenstädte mit zunehmender Bedeutung digitaler Medien für die Konsumenten langfristig noch weiter sinken wird.

Als weitere Entwicklungstrends werden genannt:

1. zunehmende Filialisierung: Der kleinteilige, inhabergeführte Einzelhandel in der Innenstadt wird aufgrund der mangelnden Konkurrenzfähigkeit gegenüber Filialisten zunehmend in abgewertete Nebenlagen verdrängt oder zur Geschäftsaufgabe gezwungen.
2. Verkaufsflächenwachstum: Das Verkaufsflächenwachstum im innerstädtischen Einzelhandel hält ungeachtet sinkender Umsätze und des demografischen Wandels an. Folgen sind eine zunehmende Monostrukturierung der Innenstädte sowie Probleme, der Nachfrage nach größeren Verkaufsflächen gerecht zu werden. So verfügen viele Innenstädte aufgrund der historischen Gebäudestruktur oftmals lediglich über sehr kleine Ladenlokale und sind damit nur eingeschränkt konkurrenzfähig.
3. Vermischung von Branchengrenzen: Im innerstädtischen Einzelhandel ist aufgrund der Erlebnisorientierung vieler Kundinnen und Kunden eine Aufweichung der klaren Grenzen zwischen Einzelhandel, Unterhaltung und Kultur zu beobachten.

Daraus entstehen verschiedene Probleme für die Innenstädte in Klein- und Mittelzentren:

- Die Grundversorgung der Bevölkerung für den kurz- und mittelfristigen Bedarf kann nicht mehr sichergestellt werden. Festzustellen sind unvollständige oder minderwertige Sortimente und Lücken in der Nahversorgung insbesondere bei Lebensmittelanbietern.
- Zulauf und Nachfrage für den Einzelhandel aus dem Umland sinken, und es kommt zu Kaufkraftverlusten.
- Durch strukturelle Veränderungen und individuelle Standortfaktoren wie überzogene Mietpreissteigerungen kommt es zu Leerständen in den Innenstädten der Klein- und Mittelstädte. Da sich die Filialisten auf die umsatzstarken 1A-Lagen konzentrieren, erfahren vor allem die Nebenlagen der Innenstädte eine zunehmende Abwertung.
- Die Entwicklungen verringern die Aufenthaltsqualität in den Innenstädten. Folgen können eine abnehmende Verweildauer und eine Verödung der Innenstädte sein – Phänomene, die sich in einigen Städten bereits abzeichnen.

Zur Frage, wie sich die Situation in den beteiligten Projektkommunen gestaltet und was die Städte tun, um die Innenstädte zu stärken, äußerten sich die beiden eingeladenen Referenten: Sebastian Poppner, Leiter des Büros Stadtrat und Beauftragter für Wirtschaftsförderung bei der Stadtverwaltung Ilmenau, und Lars Meinhardt, Amtsleiter Wirtschaftsförderung/Beteiligungsmanagement bei der Stadt Weißenfels.

In seinem Beitrag zur Situation in Ilmenau geht Sebastian Poppner zunächst auf die Rahmenbedingungen der Stadt ein. Ilmenau hat 29.000 Einwohner, davon sind 6.400 Studierende. Die Technische Hochschule Ilmenau hat eine große Bedeutung für die Stadt und die Region. Seit ihrem Bestehen (1990) hat es viele Ausgründungen gegeben, was die Stadt als Technologiestandort stärkt. Doch das Gründungsgeschehen nimmt ab. Die Hochschule ist eine Campus-Universität und liegt nicht im Stadtinnerebereich, so dass sie kaum für die Entwicklung der Innenstadt wirksam wird. Allerdings haben sich einige technologieorientierte Unternehmen in der Innenstadt angesiedelt, vor allem Software-Unternehmen. Die Stadt hat als städtebauliches Projekt den Bahnhof erworben und als Technologiestandort ausgebaut.



Sebastian Poppner

Nur im ganz zentralen Bereich der Innenstadt seien 1A-Lagen auszumachen, verdeutlicht Herr Poppner an einigen Schaubildern. Die Stadt verfügt seit 2012 über ein Einzelhandelskonzept. Insgesamt gibt es 134 Einzelhandelsbetriebe, die Verkaufsfläche pro Einwohner liegt bei 2,6 m². 30 Prozent der Verkaufsflächen befinden sich in der Innenstadt. Dazu zählt auch Kaufland, das über einen gut erreichbaren Parkplatz verfügt, der von den Besuchern der Innenstadt genutzt wird. Das Verhältnis zwischen Filialisten und inhabergeführten Betrieben ist ausgeglichen. Allerdings seien die Filialisten nur schwer in Gemeinschaftsaktivitäten zur Attraktivierung des Standortes einzubinden. Die durchschnittliche Ladenfläche liegt bei 170 m². Die Nachfrage nach Ladenflächen beginne allerdings bei 400 m², was die Wiedervermietung leerstehender Geschäfte erschwert. Der Leerstand konzentriert sich auf die obere Marktstraße. Ein Problem für die Wiedervermietung sind auch die vergleichsweise hohen Gewerbemieten. So liegt beispielsweise die Miete für eine 140 m² große Ladenfläche bei 1.440 EUR plus 250 EUR Nebenkosten.

Um dem Leerstand zu begegnen, hat die städtische Wohnungsgesellschaft Gewerbeimmobilien erworben und diese in Wohnen umgenutzt, in der Regel als Studentenwohnungen. Die Nachfrage nach Wohnungen seitens Studierender ist sehr groß und die Vermietung unproblematisch. Die Umnutzung von Gewerbe in Wohnen ist grundsätzlich eine Möglichkeit der städtebaulichen Entwicklung.

Ein weiteres Problem in Ilmenau, so Sebastian Poppner, seien die fehlenden Außenflächen für Cafés und sonstige gastronomische Angebote, was ein Anziehungspunkt für Besucher sein könnte. Insgesamt fehle eine attraktive Gastronomie. Dies liege auch daran, dass die Uni über eigene gastronomische Angebote auf dem Campus verfüge, die zudem subventioniert und preisgünstig seien, und die Studierenden dadurch wenig Anlass hätten, die Innenstadt zu besuchen. Zudem sei die Uni aufgrund ihrer technischen Ausrichtung männerdominiert. Da Frauen fehlten, gebe es wenig Anreize zum Ausgehen. Dass trotzdem Impulse gesetzt werden können, habe ein von Studierenden ausgerichtetes Street-Food-Festival im Übergangsbereich zur Innenstadt gezeigt, welches viele Besucher anzog und ein großer Erfolg war.

Zusammenfassend können folgende Probleme für die Entwicklung der Innenstadt hervorgehoben werden:

- Kneipen-Sterben und Fehlen von attraktiver Gastronomie,
- geringe Kaufkraft,
- Fachkräftemangel und dadurch Verlust an Service-Qualität,
- keine einheitlichen Öffnungszeiten.

Sebastian Poppner erläutert zum Abschluss das Projekt Fischerhütte, mit dem die Stadt in Zusammenarbeit mit der Hochschule eine städtebauliche Brücke zwischen Campus und Innenstadt schlagen will. Doch die Realisierung sei schwierig und die zukünftige Nutzung noch nicht ausreichend geklärt.



Gruppe 2: Arbeiten im Stadtzentrum

Im Anschluss berichtet Lars Meinhardt über die Situation in Weißenfels. In der Wirtschaftsförderung beschäftigt ihn vor allem die Entwicklung der Innenstadt. Die Hauptprobleme für die Entwicklung des Einzelhandels seien der demografische Wandel und der großflächige Einzelhandel in den Außenbereichen der Stadt und der Umgebung. Zudem gebe es eine große Konkurrenz durch die nahe gelegenen Oberzentren Leipzig, Halle und Jena. Der Online-Handel und ein verändertes Mobilitätsverhalten verstärken den Druck auf den innerstädtischen Einzelhandel. Insgesamt sei ein Downgrading-Effekt in der Innenstadt feststellbar.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung nimmt die Stadt Weißenfels an der aktuellen BIWAQ-Förderperiode teil. Die Innenstadt ist wesentlicher Bestandteil des Projektgebietes. Schwerpunkt ist die Förderung der lokalen Ökonomie. Dabei kommt es vor allem darauf an, die Händler in den Projektkontext einzubinden. Doch dies, so Herr Meinhardt, gestalte sich schwierig. Voraussetzung sei daher Vertrauensbildung. Dies versuche man durch die Einrichtung eines Händlerstammtisches, der sich halbjährlich trifft. Darüber hinaus wurde eine Interessengemeinschaft Innenstadt gegründet, der derzeit etwa 15 Personen – wichtige Meinungsbildner in der Stadt – angehören. Die erste konkrete Maßnahme, die auf Basis der Gespräche realisiert wurde, ist eine bessere Straßenbeleuchtung im Stadtzentrum.

Ein aktuelles Problem für die Situation des Einzelhandels seien die Baustellen durch die geplante Umgestaltung des Straßenraums rund um den Marktplatz und die Marienkirche. Der Zeithorizont für die Umgestaltung reicht bis 2022. Hier sei ein Baustellenmarketing mit umfassender Information und intensiver Kommunikation erforderlich. In Folge der Baustellen ist ein Verlust an Kundenschaft und damit an Umsatz durch die schlechte Erreichbarkeit der Geschäfte zu erwarten. Die Kundinnen und Kunden würden sich umorientieren und ihre Einkäufe in Geschäften erledigen, die leichter erreichbar sind. Einmal verloren, seien sie nach einem längeren Zeitraum nur bedingt wieder zurückzugewinnen. Die Stadt habe mit verschiedenen Maßnahmen und Angeboten darauf reagiert. So habe sie die Gebühren für Sondernutzungen im Außenbereich erlassen. Im Zusammenhang mit dem Weihnachtsmarkt habe man eine City-Bonus-Card entwickelt. Bei einem Einkauf von mehr als 5 EUR in drei verschiedenen innerstädtischen Geschäften könne man die im Zuge des Weihnachtsmarkts eingerichtete Eisbahn umsonst nutzen. Mehr als 60 Geschäfte beteiligen sich an dieser Aktion. Bisher sind über 5.000 Karten ausgegeben worden. Die City-Bonus-Card ist ein voller Erfolg und man erwägt eine Fortsetzung. Ein weiterer großer Erfolg zur Attrakti-

vitätssteigerung der Innenstadt war das Saale-Fest. Aufgrund des Erfolgs denkt die Stadt über mögliche weitere Feste in der Innenstadt nach.

Die Stadt hat darüber hinaus versucht, einen Nahversorger in der Jüdenstraße, zentrale Einkaufsstraße und Fußgängerzone, anzusiedeln, um einen anderen Anbieter in einer alten DDR-Kaufhalle an der Promenade zum Aufgeben bewegen zu können. Dort trifft sich vermehrt ein Trinkermilieu, und der Bereich soll städtebaulich attraktiver gestaltet werden. Dieses Anliegen ist jedoch bisher nicht realisierbar gewesen.

In der anschließenden Diskussion wird hervorgehoben, dass die allgemeine Entwicklung nicht zurückgedreht werden kann. Doch die Bevölkerung suche weiterhin ihre städtische Identität in der Stadtmitte. Die Lust auf Identifikation sei ungebrochen, und es bestehe eine Sehnsucht nach Bindung, insbesondere bei jungen Menschen. Die kleinen Städte müssen hinsichtlich ihrer Zielgruppenorientierung für die Innenstadt einen ständigen Spagat vollziehen. Ihr Potenzial liegt vor allem bei den älteren Bürgerinnen und Bürgern, die die Innenstadt aufgrund ihrer Infrastruktur zunehmend als Wohnstandort schätzen. Deshalb müsse man Ältere gezielt an die Innenstadt binden. Dies bedeute die Herstellung von Barrierefreiheit durch eine behindertengerechte Gestaltung, die Ansiedlung von Ärzten (diese seien wirkliche Frequenzbringer) und öffentlichen Nutzungen in der Innenstadt. Zu Letzteren zähle alles, was die Gründe für einen Besuch der Innenstadt stärkt: neben Behörden mit Kundenkontakt insbesondere Bildungseinrichtungen inklusive Musikschulen und Volkshochschulen.

Um auch junge Menschen anzusprechen, müssen die Städte darüber hinaus mehr kulturelle Angebote schaffen und die Attraktivität der Innenstädte für die wachsende „Freizeitgesellschaft“ erhöhen, etwa in Form von Stadtfesten und größeren Kultur-Events. Man kann z.B. für derartige Events Wettbewerbe ausschreiben, um mehr Vielfalt und Qualität zu erreichen. Große Anziehungskraft hat auch ein Wochenmarkt für Anbieter aus der Region.

Abschließend wird festgestellt, dass der Trend des Zuzugs der jungen Menschen in die Großstädte nicht aufzuhalten sei und zentrale Akteure für die Entwicklung der Innenstädte fehlen. Strategische Impulse müssten daher durch die Verwaltung gesetzt werden.

6.3 Gruppe 3: Programme, Verfahren, Beteiligung

Moderation: Wolf-Christian Strauss

Impulse: Günter Dötschel, Stadt Germersheim, Bauverwaltung;

Michael Leinenbach, Stadt Saarlouis, Amt für Familien, Soziales, Schulen und Sport



Gruppe 3: Programme, Verfahren, Beteiligung

Als Impuls für die Diskussion stellt Günter Dötschel das Bürgerbeteiligungsverfahren im Rahmen der Erarbeitung des städtebaulichen Entwicklungskonzepts für die Revitalisierung der Innenstadt in Germersheim im Städtebauförderprogramm Aktive Stadtzentren vor. Wesentliche Elemente der Beteiligung waren Bürgerbefragungen, öffentliche Veranstaltungen (Innenstadtforum, Zukunftswerkstätten, Workshops, Stadtspaziergang), die Präsentation auf der Homepage der Stadt, Veröffentlichungen im Amtsblatt sowie in der lokalen Presse und eine anschließende Plannoffenlage. Die in Germersheim durchge-

führte Beteiligung habe Probleme offenbart: mangelnde Beteiligung von Migranten, generelles Misstrauen gegenüber der Verwaltung, bloße Beteiligung der „üblichen Verdächtigen“. Diese Probleme treten in solchen Beteiligungsprozessen regelmäßig auf und lassen sich nur durch eine langfristige Beteiligungskultur, die realistische Erwartungen aufzeigt, vermindern. Als Schlüssel für eine nachhaltige Beteiligungskultur bezeichnet Günter Dötschel das stetige Suchen nach dem offenen Dialog und dem Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern, keine Überheblichkeit oder Hochnäsigkeit seitens der Verwaltung sowie eine Kommunikationskultur, die keine überzogenen Erwartungshaltungen erzeugt.

In der anschließenden Diskussion wird zunächst die Frage aufgeworfen, wer denn eigentlich im Kontext von Klein- und Mittelstädten als Migrant bezeichnet werden kann. Viele Bewohnerinnen und Bewohner verfügen laut Statistik zwar offiziell über einen Migrationshintergrund, sehen sich jedoch selber nicht mehr als Migranten und fühlen sich assimiliert. Es gelte demnach zu differenzieren, welche Herkunftsgruppen in den jeweiligen Kommunen leben, da die Ansprüche, Voraussetzungen und Bildungsgrade zwischen den einzelnen Migrantengruppen stark variieren können. In Klein- und Mittelstädten, so die Erfahrungsberichte aus den Kommunen, würden zudem deutliche Zuwanderer aus anderen Regionen Deutschlands ebenfalls als Fremde gesehen.

Auf Nachfrage berichtet Günter Dötschel, dass zwar einige Migranten bei den Beteiligungsangeboten anwesend waren, sich jedoch nicht aktiv beteiligt haben. Migrantenselbstorganisationen waren ebenfalls eingeladen, sind jedoch nicht erschienen. Die Gruppe diskutiert im Anschluss die Frage, auf welchem Wege Migrantinnen und Migranten am besten für Beteiligungsprozesse gewonnen werden können. Vorgeschlagen wird beispielsweise die Kontaktaufnahme über Multiplikatoren im Schneeballprinzip. Erfahrungen zeigen, dass sich auf diese Weise Migrantinnen und Migranten für Beteiligungsprozesse gewinnen lassen und sich eine Beteiligungskultur etablieren kann. Darüber hinaus sollen für zukünftige Beteiligungsformate Orte ausgewählt werden, die bereits Begegnungs- und Kommunikationsorte für Migrantinnen und Migranten sind, um so einen höheren Zuspruch zu erzielen. Beispiele aus anderen Kommunen belegen den Erfolg dieses Vorgehens.



Günter Dötschel

Darüber hinaus sollen für zukünftige Beteiligungsformate Orte ausgewählt werden, die bereits Begegnungs- und Kommunikationsorte für Migrantinnen und Migranten sind, um so einen höheren Zuspruch zu erzielen. Beispiele aus anderen Kommunen belegen den Erfolg dieses Vorgehens.

In einem zweiten Erfahrungsbericht erläutert Michael Leinenbach, wie Beteiligungsverfahren im Rahmen der Sozialplanung der Kreisstadt Saarlouis durchgeführt werden. Er verweist zunächst auf die Besonderheit, dass die Sozialplanung in Saarlouis direkt dem Bürgermeister zugeordnet ist, was den hohen Stellenwert für die Kommunalpolitik in Saarlouis unterstreicht. Ein zentraler Aspekt der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Aufstellung des Sozialplans ist die Kooperation mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW Saar), die mit Hilfe einer Befragung ein differenziertes Meinungsbild erheben konnte. Befragt wurden die Sozialpartner, die Verwaltungsspitze, unterschiedliche Ämter und Fachabteilungen, Wirtschaftsverbände sowie Vorsitzende von örtlichen Vereinen sowie Sprecherinnen und Sprecher verschiedener Interessengruppen.

Als zukünftige Handlungsfelder der Sozialplanung in Saarlouis bezeichnet Michael Leinenbach Partizipation und Vernetzung, Bildung und Erziehung, Arbeitsmarkt und Existenzsicherung sowie Wohnen. Mit Hilfe von Fachtagungen, Workshops und Seminaren wird in diesen Handlungsfeldern eine direkte Bürgerbeteiligung angestrebt. Weitere Kernelemente der Partizipation sind Visitationen ausgewählter Einrichtungen, Befragungen bestimmter Zielgruppen und regelmäßig stattfindende Bürgerforen, die je nach Bedarf eingesetzt werden. Grundsätzlich müsse Beteiligung in der

Stadtpolitik verankert und die Verwaltung hierauf ausgerichtet sein – nur so kann Bürgerbeteiligung langfristig erfolgreich wirken.

Auf die Nachfrage, welche Gruppen bei den vorgestellten Beteiligungsformaten teilnehmen, führt Michael Leinenbach aus, dass häufig nur die Bürgerinnen und Bürger teilnehmen, die ein direktes Interesse an dem jeweiligen Thema haben. Migrantinnen und Migranten werden vornehmlich über den Integrationsbeirat und den Integrationsbeauftragten beteiligt und repräsentiert. Die exemplarische Befragung der HTW Saar sollte die Teilhabe einer größeren Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen. Herr Leinenbach verweist darauf, dass die Befragung und die weiteren Projekte der Sozialplanung aus dem städtischen Haushalt finanziert wurden, da Politik und Verwaltung die Bedeutung der Beteiligung erkannt und entsprechende Mittel bewilligt haben. Von hoher Relevanz sei auch, sowohl die Ergebnisse als auch die vorbereitenden Dokumente zu Beteiligungsprozessen in einfacher Sprache zu verfassen, da so eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung und der Kommunalpolitik erreicht wird.

Im weiteren Verlauf wird in der Gruppe diskutiert, inwieweit die Berufung von Migrantinnen und Migranten in Interessenvertretungsgremien (z.B. Integrationsbeirat) eine erstrebenswerte Alternative sein kann. Die Beteiligung bereits aktiver Einzelner sei besser als gar keine Beteiligung, so die einhellige Meinung. Als weitere Möglichkeit wird erneut das Schneeballprinzip hervorgehoben, bei dem aktive Migranten weitere Migranten von den Vorteilen einer Beteiligung überzeugen.

Zum Abschluss wird die Rolle von Politik und Verwaltung in der Bürgerbeteiligung diskutiert. Hier wird aus einer Kommune berichtet, dass Beteiligung eher als Mittel zum Zweck für die Durchsetzung politischer Interessen genutzt wird. Problematisch sei auch, dass Stadtparlamente oder Stadträte durch Laien besetzt sind, die zudem wenig Zeit haben, Politik qualifiziert zu betreiben. Aus diesen Gründen müssten die Dokumente aus der Verwaltung für die Parlamentsmitglieder einfach strukturiert und verständlich verfasst sein, so dass sie zur Vorbereitung einer Entscheidung gut aufgenommen werden können. Die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Ämter wird von den Kommunalvertretern ambivalent eingeschätzt. So berichtet eine Kommune von einer gut funktionierenden Zusammenarbeit im Integrationsbereich, während von einer anderen Kommune der nach wie vor niedrige Stellenwert der Integrationsarbeit im alltäglichen kommunalen Verwaltungshandeln beklagt wird.

7. Ausblick – Wie geht es weiter?

Bettina Reimann gibt abschließend einen Ausblick auf das Jahr 2017 und die weiteren Arbeitsschritte im Projekt. Hierbei betont sie, dass die Ausgestaltung des Vorgehens in den Kommunen keine Frage ist, die das Difu allein beantworten kann. Die Projektkommunen müssen ihren Weg selbst wählen und gestalten. Das Difu begleitet und unterstützt die Städte dabei.

Die Arbeitsschritte im Einzelnen:

- Am 7./8. Juni 2017 (Termin musste von Mai auf Juni verschoben werden) wird das Difu in Kooperation mit der Schader-Stiftung eine Fachveranstaltung durchführen. Diese steht bislang unter dem vorläufigen Titel „Wohnquartier Innenstadt – Integrationspotenziale der Zentren von Klein- und Mittelstädten“. Vertreterinnen und Vertreter aus dem Projektbeirat und den Projektkommunen sind hierzu herzlich eingeladen. Das Programm soll Anfang 2017 fertiggestellt und bekanntgegeben werden.
- In 2017 werden erneut Netzwerktreffen mit den Projektkommunen stattfinden. Hierbei können die Projektkommunen zwischen einem großen Netzwerktreffen gegen Ende des Jahres oder zwei kleineren Netzwerktreffen mit unterschiedlichen Themen wählen. Die Mehrheit im Plenum spricht sich für ein Netzwerktreffen mit allen Projektkommunen im letzten Quartal 2017 aus. Das Difu wird Ort und Datum baldmöglichst und in Rücksprache mit den Projektkommu-

nen bekanntgeben. Als mögliche Veranstaltungsorte bieten sich Steinfurt, Saarlouis und Zittau an. Die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen betonen, dass die Festlegung des Veranstaltungsortes durch das Difu erfolgen soll.

- Die Vorbereitungen zur Datenauswertung nach dem Einwohnermelderegister sind weitgehend abgeschlossen. Den Kommunen liegt eine vom Difu und dem Dienstleister *Demographie Kommunal* unterschriebene Datenschutzvereinbarung vor, die vor Beginn der Arbeiten unterzeichnet vorliegen muss. Noch bis Ende 2016 sollten die Projektkommunen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Demographie Kommunal den Zugang zu den Daten ermöglichen und die zu erhebenden Raumkategorien festlegen. Die Datenerhebung soll Anfang 2017 starten. Die Auswertung soll im Sommer 2017 vorliegen.



Plenum

- Das Difu wird im Rahmen seiner Begleitforschung die laufenden Aktivitäten der Projektkommunen weiterhin unterstützen. Absprachen hierfür sind zwischen den jeweiligen Projektkommunen und dem Difu zu treffen.
- Die Projektkommunen können für die Durchführung ihrer Aktivitäten finanzielle Unterstützung beim Difu beantragen (z.B. für Referentinnen und Referenten, Catering, Moderation). Die Abstimmung hierfür ist zwischen Difu und den jeweiligen Projektkommunen vorzunehmen.
- Das Difu wird über die Begleitung der Aktivitäten in den Projektkommunen hinaus seine Forschungstätigkeiten fortsetzen, die Befunde aus den Kommunen in einen breiteren inhaltlich-fachlichen Kontext stellen und einzelne Themenstränge vertiefend bearbeiten. Für das erste Quartal ist ein Zwischenbericht vorgesehen, der einen Zwischenstand dokumentiert und die Aktivitäten in den Projektkommunen zusammenfassend darstellt.

Impressionen



Impressionen Eisstockschießen

